

Katastrophale Prioritäten in der Politik des Bundesrats, offener Brief an den Gesamtbundesrat

Im November 2015

Erlauben Sie mir nach langem Zögern, Ihnen zu schreiben, denn die Sachlage spitzt sich für mich immer mehr ohne bundesrätlichen Konsens zu.

1. BR Berset spricht diese Woche vom Totalverbot der Tabakwerbung und Verkaufsverbot an Jugendliche unter 18 Jahren, Nicotin und Cigarettenrauch sei schädlich, medizinisch gesehen, sicherlich richtig. Fast im Gleichschritt fördert aber seine Partei, die SP, den freien Zugang zum Kiffen, obschon auch hier klare Gehirnaufzeichnungen durch MRI zeigen, dass nach jedem Haschisch Gebrauch, das Hirn belastet wird, so nicht wissenschaftlich auszuschliessen, dass Demenzstrukturen zunehmen durch den Verlust der kognitiven Funktionen. Für mich eine äusserst widersprüchliche Politik der SP und dessen BR.
2. Allgemein ist im Gesundheitswesen zu sagen, dass durch die letzten Bundesräte die medizinische Versorgung zur Verstaatlichung kanalisiert wird; seit die Hausaerzte 2006 auf dem Bundesplatz in Bern zur Demonstration waren, hat sich kaum etwas zum Besseren geändert. Einfachheitshalber werden wegen fehlenden Schweizer Mediziner ausländische Aerzte an die Spitäler gerufen. Nach der Aussage von Altbundesrat Couchepin, ausgebildete Aerzte aus Fremdstaaten kosten uns keine Ausbildung; geradezu unglaublich, wenn man sich heute die Zustände an den Spitälern ansieht; eine direkte Folge von Massnahmen von pensionierten Bundesräten.
3. Die Militärausgaben müssen wegen eines eingeschränkten Budget von Jahr zu Jahr gekürzt werden, so, dass der Armeeauftrag bald nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, dies ganz sicher in der heutigen Friedenszeit, wo vielleicht das Militär zu Hilfe bei der Asyl-Problematik heran gezogen werden muss. BR Maurer wird dann, im gegebenen Fall eines Misslingens vorgeworfen, das Ungenügen sei auf seine Führung zurück zu führen; ein absoluter Wahnsinn diesem Spiel zu zuschauen; geprägt durch die Linkspolitik.
4. Diese Woche vermittelt „20 Minuten Online“, die BAZ schreibe, dass Flüchtlinge aus Deutschland ohne Registration in die Schweiz abgeschoben werden und Deutschland sich weigere nach dem Dublin-Abkommen diese zurück zu nehmen. (Internes Schreiben vom SEM) So spielen die EU-Staaten, mit Vorherrschaft Deutschlands, untereinander und wollen die Schweiz im gleichen Boot zu wissen haben.
5. Hier wären doch sofortige Klärungen mit dem nördlichen Nachbarstaat von höchster Priorität, der deutsche Botschafter in Bern müsste sofort zitiert werden; hier in einer solchen erwähnten Sachlage darf keine Zeit durch Untätigkeit und Missmut vergehen, wie wir Schweizer dies in der Umsetzung der Urnenabstimmung der Zuwanderung und dem Abschieben von schweren Straftätern sehen, beides vom Schweizervolk angenommen, vom Bundesgericht bestätigt und trotzdem alles auf der Wartebank. Worauf wird aus Angst vor der in sich zerstritten EU eigentlich aus bundesrätlicher Sicht gewartet??
6. Das Anflugverfahren auf den Zürcher Flughafen vom Norden her wird von Deutschland wo auch immer boykottiert, obschon die Anflüge durch Lufthansa, Germanwings, Air Berlin,

Edelweiss und Swiss zu 80 Prozent von Deutschen Haltern bestimmt; ohne politische erfolgreiche Intervention seit Jahren aus Bundesbern.

Die obige Aufzählung ist keinesfalls komplett und ist weder nach Prioritätsstufen noch nach dem Zeitgeschehen aufgelistet, sie zeigt lediglich zeitliche und sachliche Mängel in der vergangenen politischen Verarbeitung auf.

Wir dürfen uns nicht mehr wundern, dass der Urnengang der Schweizer an Zahl abnimmt; ein Grundpfeiler der direkter Demokratie, die noch in einer Rede vom Staatspräsidenten eines nördlichen Nachbarstaats auf Staatsbesuch in Bern in ihrer Form in Frage gestellt wurde; würde dies ein Schweizer Bundesrat in einem Nachbarland machen, jene demokratische Staatsform anzuzweifeln?; ich denke schon aus Anstand und Respekt nicht. Auch hier wäre von der obersten exekutiv Behörde bei einer solcher öffentlichen Kritik eines Gastes mehr Nationalstolz für unseres politisches System von höchster Priorität; insbesondere dann, wenn der gleiche Staatsmann neustens in Deutschland mehr Mitsprache in der Flüchtlingsfragen von seinem Volk verlangt.

Der heutige Bundesrat ist nicht in der Lage sachkompetent und prioritär in einer übersichtbaren Zeit zu entscheiden und entsprechende Massnahmen für die Schweiz mit dem Urnenwillen des Volkes zu treffen; ein Zustand, der schon lange nicht mehr in einem solchen Umfang von der höchsten exekutiv Instanz beobachtet werden konnte.

Ich hoffe, dass sich dies nun nach den Nationalratswahlen und den bevorstehenden Bundesratswahlen definitiv zu Gunsten der Schweiz ändern wird, sodass auch zukünftige Generationen den Glauben an die vereidigten Politiker haben und ihnen einen sicheren zukünftigen Berufs- und Lebensweg in der Schweiz sichern werden.

Mit freundlichen Grüssen

Dr.med.H.Baumann

Kopien:

Altbundesrat Dr. jur. Ch.Blocher, Wängirain 53; 8704 Herrliberg

Herr Nationalrat Lukas Reimann; Bundeshaus; 3000 Bern

Frau Nationalrätin Nathalie Rickli; Bundeshaus; 3000 Bern